

## Parteienklüngel um Stadtwerke

PDS/Marburger Linke opponiert gegen schwarz-rot-grüne Liberalisierung

**Mitte Juni bestimmte der Aufsichtsrat der Stadtwerke den SPD-Fraktionschef Norbert Schüren zum kommenden Geschäftsführer der Stadtwerke-Holding.**

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass Öffentlichkeit und Stadtparlament beim städtischen Betrieb außen vor bleiben müssen, war er damit erbracht. Drei Fraktionen – BfM, PDS/ML und die CDU – hatten sich für eine ordentliche Ausschreibung des Postens ausgesprochen. Dennoch votierte der 15-köpfige Aufsichtsrat, dem drei Christdemokraten angehören, einstimmig für Schüren.

Die PDS/ML befürchtet, dass durch die Wahl Schürens das Parlament weiter entmachtet wird. Von den großen Fraktionen ist kaum zu erwarten, dass sie ihren Repräsentanten an der Spitze der Stadtwerke auf den Zahn fühlen werden: Dies gilt nicht nur für die SPD sondern auch für die Grünen, deren ehemaliger Stadtverordneter Tomas Schneider Manager der Stadtwerke Immobiliengesellschaft wurde. Und die Abstimmung im Aufsichtsrat machte auch deutlich, dass die Einbindung der CDU funktioniert. Sie stellt mit Oberbürgermeister Dietrich Möller den Stadtwerkedezernenten. Und dieser hatte sich für die Einstellung Schürens stark gemacht.

Kritikpunkt der SozialistInnen ist nicht nur die Postenschieberei sondern auch die Fortsetzung des Liberalisierungsprozesses, der am Jahresende in der Bildung einer Stadtwerke-Holding gipfeln soll. „Unsere Befürchtungen, die wir 2000 bei der Umwandlung der Stadtwerke in eine Gesellschaft privaten Rechts hatten, haben sich weitgehend bewahrheitet“ erklärte der Fraktionsvorsitzende der PDS/ML Henning Köster. „Damals wurden diese Schritte hin zur Privatisierung unter anderem mit der Liberalisierung beim Öffentlichen Personennahverkehr begründet. Diese hat bis heute nicht stattgefunden und

trifft auf den Widerstand des Deutschen Städtetages und des Europäischen Parlaments.“

Außerdem sei die Umstrukturierung mit der heißen Nadel gestrickt worden. Erst wurde der Eigenbetrieb

in eine GmbH&Co.KG umgewandelt. Nachdem sich die Lösung als steuerlich zu kostspielig erwiesen hatte, erfolgte 2001 die Gründung der Stadtwerke GmbH.

Fortsetzung S. 4



Pia Maier, Marburger PDS-Bundestagsabgeordnete: Umverteilung auf Kosten der Vermögenden

## Große Koalition ist logisch

PDS-Chefin Gabi Zimmer über die Rolle der PDS im nächsten Bundestag

**Es sind noch knapp drei Monate bis zur Bundestagswahl. Beim Ausloten der Koalitionen wird die PDS weiter wie ein Schmutzkind behandelt. Ist das nur das Niedermachen eines politischen Gegners?**

Ich sehe es in erster Linie als ein Ausweichen vor einer tatsächlichen politischen Alternative. Man gaukelt den Menschen weiter vor, es gäbe nur den Weg zwischen dem jetzigen Sozialabbau und einem noch schlimmeren Sozialabbau. Aber, dass es auch anders geht, dass man eine Gesellschaft solidarisch, Wettbewerbsfähigkeit und Globalisierung gerecht gestalten kann und muss, wird beiseite geschoben. Da werden dann Vorbehalte gegen die PDS aufgewärmt.

**Nun hat die PDS auf ostdeutscher Landesebene ja die SPD als Koalitionspartner. Ist das Argument der krassen Unterschiede in der Außen- und Sicherheitspolitik, mit dem eine Koalition im Bund von beiden Seiten für unmöglich erklärt wird, nicht vorgeschoben?**

Wenn wir es ernst meinen, dass der Einsatz von 10 000 Bundeswehrsoldaten in allen Krisengebieten der Welt nicht unsere Politik ist, geht das derzeit einfach nicht mit SPD und Grünen. Wir halten deren Weg für verheerend und ich kann mir nicht vorstellen, wie eine Koalition im Bund funktionieren soll, wenn diese tiefen Differenzen bestehen.

Fortsetzung S. 2

## Sommerloch 2002

Hartz. Peter Hartz, VW-Manager, liefert der SPD endlich das Wahlkampfthema. Eleganter, als würde Schröder wieder von Faulenzern in Hängematten fabulieren. Im Sommer kann man gut verkaufen, dass über 200 km Weg zum Job für Alleinstehende zumutbar seien. Wer will da widersprechen – vor der Urlaubsfahrt im Auto, die man(n) selbstverständlich wie die alltägliche Fahrt zur Arbeit zu nehmen gedenkt.

Hartz und seine Kommission sollten Vorschläge liefern, wie die Arbeitslosigkeit bekämpft werden könne. Leider kam nichts anderes heraus, als Ideen wie Arbeitslose bekämpft werden können. Es geht mal wieder um Leistungskürzungen für Arbeitslose, um den nötigen Willen zu provozieren, auch schlecht bezahlte Jobs anzunehmen. Etwas anderes als Niedriglohnjobs scheint die Hartz-Kommission nicht zu erwarten.

Gefördert werden Jobs, die nach Aussagen z.B. der Gastwirte „keiner machen will, weil die ja ohnehin zu viel kassieren“. So einen trifft man garantiert im Urlaubsdomizil. Wahrscheinlich fragt niemand die dort Arbeitenden, wie hoch ihr Stundenlohn ist (bestimmt keine 9,42 Euro, die die PDS als Mindestlohn fordert). Und niemand macht sich Gedanken darüber, ob er oder sie selbst zu diesem Preis eine solche Arbeit machen würde.

Die Hartz-Kommission will aus armen Arbeitslosen arbeitende Arme machen. Wo die alle arbeiten sollen, bleibt unklar, denn weiterhin kommen in Hessen auf eine gemeldete offene Stelle sieben Arbeitslose, im Osten ist das Verhältnis mit bis zu 40 zu eins noch schlechter. Nötig wären neue Arbeitsplätze, die dauerhaft existenzsichernde Löhne bieten. Das Beschäftigungspolitische Programm der PDS hingegen bekämpft nicht nur die Arbeitslosenstatistik, sondern auch die Arbeitslosigkeit. Pia Maier

# wann & wo

**Ferien-Stammtisch der PDS**  
Di., 16. Juli, ab 20.00, Gaststätte  
Schamdan (Weidenhäuser Str.)

**Ferien-Stammtisch der PDS**  
Di., 23. Juli, ab 20.00, Gaststätte  
Schamdan (Weidenhäuser Str.)

**Plenum PDS/Marburger Linke**  
Do., 25. Juli, 20.00, PDS-Büro

**Attac-Sommerakademie**  
Workshops, Seminare, Podiumsdiskussionen  
Veranstalter: Attac Deutschland  
Infos: 06421-30870-8  
www.attac-netzwerk.de/sommerakademie  
26.-31. Juli, Martin-Luther-Schule

**Ist Kapitalismus reformierbar?**  
Podiumsdiskussion, Attac-Sommerakademie  
Sa., 27. Juli, 19.30, Audimax,  
Hörsaalgebäude in der Biegenstr.

**Droht die Demontage des  
Gesundheitssystems?**  
Podiumsdiskussion, Attac-Sommerakademie  
So., 28. Juli, 19.00, Audimax,  
Hörsaalgebäude in der Biegenstr.

**Alternativen zur neoliberalen  
Globalisierung**  
Podiumsdiskussion, Attac-Sommerakademie  
Mo., 29. Juli, 19.30, Audimax,  
Hörsaalgebäude in der Biegenstr.

**Ferien-Stammtisch der PDS**  
Di., 30. Juli, ab 20.00, Gaststätte  
Schamdan (Weidenhäuser Str.)

**Öffentliche PDS-Versammlung**  
Di., 6. Aug., 19.30, PDS-Büro

**Durch Krankheit pleite?**  
Verdi-Podiumsdiskussion mit den  
BundestagskandidatInnen  
Mo., 12. Aug., 19.00, SoftwareCenter

**Regelmäßige Termine:**

**AG Kreispolitik der PDS**  
Mittwochs, 18.30, PDS-Büro

**Treff der PDS-Hochschulgruppe**  
Montags, 20.00, PDS-Büro

## Impressum

NEUES MARBURG

Herausgegeben von: PDS Marburg-Biedenkopf

Redaktion und Vertrieb: PDS, Weidenhäuser Str.  
78-80, 35037 Marburg, Tel./Fax: 06421-163873

Redaktion: Renate Bastian, Nico Biver (verantwortlich),  
Stephan Heidbrink, Lilo Lenuschka

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht  
unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel,  
Zwischenüberschriften und Vorspanne stammen in  
der Regel von der Redaktion.

Layout: Nico Biver

Druck: Hitzeroth Druck + Medien GmbH & Co. KG

Redaktionsschluss: 10. Juli 2002

Fortsetzung von S. 1

# Große Koalition ist logisch

Interview mit der PDS-Vorsitzenden Gabi Zimmer

Wir wollen die Rückkehr zu Friedenspolitik und Konfliktvermeidung. Die Wähler werden am 22. September auch darüber entscheiden, inwiefern sich Deutschland an einem Krieg gegen den Irak beteiligen wird. Rot/Grün ist da nicht glaubwürdig. Nur eine starke PDS wäre ein klares Signal der Bürger gegen die Beteiligung.

**Welche Zugeständnisse würde die PDS machen, wenn sie in die Regierung kommen könnte? Und was würde sie als erstes verändern?**  
Mehr soziale Gerechtigkeit, mehr Solidarität, mehr Friedenspolitik.

**Auf die Zugeständnisse möchten Sie nicht eingehen?**  
Ich sehe jetzt kaum die Chance für eine Bewegung. Es muss noch viel mehr Druck in der Bevölkerung entstehen, um Grüne und SPD zu drängen, den versprochenen, aber nicht durchgesetzten Politikwechsel nachzuholen. Ich halte das nicht für ausgeschlossen. Aber ich glaube nicht, dass das zum 22. September passiert.

**Vielleicht wollen die Bürger das ja auch gar nicht.**  
Aber die Unzufriedenheit mit Rot/Grün ist weit verbreitet.

**Stünde die PDS zur Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung**

**zur Verfügung? Und würde die PDS Gerhard Schröder zum Kanzler wählen?**

Wir haben keinen Grund, eine Regierung zu stützen, die nach wie vor auf Militäreinsätze setzt und für den Osten keine Politikwende vollzieht. Die Zukunft des Ostens ist vom jetzigen Kanzler genauso verspielt worden wie vorher von der Kohl-Regierung. Also haben wir keine Voraussetzung, etwas zu tolerieren. Ob wir Schröder wählen? Bei einer großen Koalition weiß ich doch gar nicht, ob er zur Wahl steht. Fakt ist, eine Mehrheit für einen Kanzler Edmund Stoiber und einen Vizekanzler Guido Westerwelle – das ist im Bundestag nur mit der PDS zu verhindern.

**Wie wahrscheinlich ist für sie eine große Koalition?**

Sehr wahrscheinlich. Ich halte sie für logisch. In der Arbeitsmarktpolitik etwa haben Union und SPD gleiche Denkrichtungen. Sie setzen darauf, existenzsichernde Arbeitsplätze zu schaffen. Sie wollen den Druck auf die Arbeitslosen erhöhen. **Glauben Sie, dass Schröder entgegen dem SPD-Beschluss, mit der PDS eine Koalition eingehen würde, um an der Macht zu bleiben?**

Nein. Außerdem bräuchte er die PDS



dazu. Wenn beide für sich erklären, sie haben damit nichts am Hut, ist das Thema etwas abseits der Realität. Für uns ist es wesentlich wichtiger, mit dieser Wahl als bundesdeutsche sozialistische Partei in weitaus größerem Maße akzeptiert zu werden als 1998. Das würde einfach auch Relationen zwischen den einzelnen Parteien verändern. Für alles andere braucht es Zeit und vor allem eine andere kulturelle, politische, gesellschaftliche Atmosphäre. Ich halte gegenwärtig eine Koalition mit oder ohne Tolerierung durch die PDS einfach nicht für denkbar.

DPA-Interview (gekürzt), 4.7.2002

## Erlenring-Center vor dem Aus?

Auch nach Eröffnung des Cineplex und der Kunsthalle scheint sich die „Marburger Neue Mitte“ nicht zu dem Renner zu entwickeln, wie sich die Verantwortlichen der Stadt dies vor Jahren erhofft hatten. Eine Einkaufsschiene vom Mensaohr über das ehemalige Schlachthofgelände bis zum Biegeneck sollte KundInnen anlocken und über die neuen Brücken und Fahrstühle bis in die Oberstadt bugsieren. Die Rechnung geht nur teilweise auf. Bisher hat die Altstadt nicht profitiert, und am Kino bleiben Ladenflächen unvermietet.

Jüngstes Opfer dieser Fehlplanung ist das Erlenring-Center. Die Hoffnung, dass mit der schrittweisen Fertigstellung der „Neuen Mitte“, die anfängliche Durststrecke überwunden werden könnte, trog. Die Leerstände nahmen rapide zu. Jetzt macht MediMax, der nach Tegut zweitgrößte Mieter, die Pforten dicht. Hilfe erhoffen sich die Besitzer von der Shopping-Center-Consulting. Diese hatte bereits dem Schlossberg-Center (vorläufig) neues Konsum-Leben eingehaucht und soll nun am Erlenring für neue Attraktivität sorgen. Dazu soll auch das Center, das auf der gegenüberliegenden Straßenseite

te, auf dem „Feeser-Gelände“, entstehen soll, beitragen. Hier passiert allerdings nichts, obwohl seit Mai 2001 eine Baugenehmigung vorliegt. Offensichtlich will man nicht in die

gleiche Bredouille geraten, wie das Erlenring-Center.

Solange die Massenkaufkraft stagniert, wird jedes neue Center die bestehenden Überkapazitäten erhöhen und nur auf Kosten der Konkurrenz überleben können.

Charly Gaul



Wenig Spass verstanden die Veranstalter des Marktfrüschoppens. Die lila und rosa gekleideten „Radical Cheerleaders“, die bereits auf der Demonstration am 6. Juli durch ihre Schmähesänge für Furore sorgten, wurden in die Seitengassen abgedrängt. 200 Polizisten gingen gegen alle vor, die durch Pfiffe, Transparente oder Gesänge ihr Missfallen über die Anwesenheit rechtsextremer Burschenschaftler zum Ausdruck brachten.

# Buslinie zum AquaMar?

**Ob es bei der Eröffnung des Hallenbades im Dezember eine Busanbindung des „AquaMar“ geben wird, steht weiterhin in den Sternen. Für einen diesbezüglichen Antrag stimmten am 24. Mai nur die vier Stadtverordneten der PDS/Marburger Linke.**

Neben der Einrichtung einer direkten Busanbindung hatte die Fraktion gefordert, die Parkplätze an der Adolf-Reichwein-Schule für BesucherInnen des „AquaMar“ mitzubenutzen und dafür die Stellmöglichkeiten im Uferbereich der Lahn zwischen Hirsefeldsteg und Campingplatz zurückzubauen. Außerdem verwies sie in ihrem Antrag auf die Möglichkeit, die Pkws im Erlenring-Center abzustellen.

Diesen Vorschlägen, die ganz im Sinne der vom Stadtparlament verabschiedeten Leitlinien des Verkehrsforums sind, mochten die anderen Parteien nicht folgen. OB Möller hatte es im Vorfeld für zumutbar gehalten, dass BusnutzerInnen vom Erlenring, der Frankfurter oder der Weintrautstraße bis zum Schwimmbad laufen.

AutofahrerInnen sind diese Streck-

ken offensichtlich nicht zuzumuten. BadnutzerInnen sollen direkt am Bad sogar umsonst parken dürfen – falls die Stadt sich mit den Stadtwerken, die die Parkplätze bewirtschaften sollen, finanziell einigt.

Hier könnte auch der Grund für die Zögerlichkeit bei der Busanbindung liegen. Für die Stadtwerke ist es allemal lukrativer, Parkraum zu bewirt-

schaften als Buslinien zu betreiben.

In der Stadtverordnetenversammlung stellten sowohl Anita Kaufmann (CDU) als auch Dietmar Götting (Grüne) die Busanbindung als beschlossene Sache dar, für die es keiner Stellungnahme des Parlamentes bedürfe. Soweit mochte Bürgermeister Vaupel allerdings nicht gehen. Die Frage des Fraktionschefs der PDS/ML Henning Köster, ob er eine Busanbindung zur Eröffnung des Hallenbades garantieren könne, beantwortete er mit „Nein“.



Nico Biver

# Vorfahrt für Fußverkehr

**Während die Kleinfractionen MBL, BfM und FDP sich gebetsmühlenartig für das Recht auf einen (kostenfreien) Parkplatz stark machen, ist die PDS/ML-Fraktion nicht weniger beharrlich, was die Interessen von FußgängerInnen angeht. Manchmal sind die Bemühungen auch von Erfolg gekrönt.**

## Ketzerbach

Bereits in der letzten Legislaturperiode konnte eine zusätzliche Fußgängergerampe in der Bahnhofstraße durchgesetzt werden. Ende Juni beschloss das Stadtparlament einstimmig, dass in der Ketzerbach auf der Höhe von Tegut ein Zebrastrifen angelegt wird. Diese langjährige Forderung der PDS/ML kann jetzt – nach einer Änderung der diesbezüglichen Bundesrichtlinien – umgesetzt werden. Auch die CDU hatte einen dementsprechenden Antrag im Parlament gestellt.

## Bunsenstraße

Weniger erfolgreich war die linke Fraktion mit einem Antrag, eine Querungshilfe über die Bunsenstraße einzurichten, um den Fußverkehr zwischen der Firmanei- und der Ufer-

straße zu erleichtern. Die SPD- und Grünen-Abgeordneten veränderten den Antrag derart, dass er vorerst folgenlos bleibt. Die Einrichtung einer Querungshilfe oder einer lichtgesteuerten Signalanlage soll laut Beschluss des Parlamentes vom Mai 2002 nämlich im Rahmen der „Umsetzung des Verkehrsentwicklungsplanes Nordstadt“ geschehen.

Der VEP sieht u.a. vor, dass es zukünftig in der Bunsenstraße Gegenverkehr geben soll. Obwohl die CDU dies ablehnt und OB Möller sein Veto androht, führte Anne Oppermann (CDU) diesen Gegenverkehr ins Feld, um eine Lichtsignalanlage abzulehnen, da die Ampel dann neue Software bräuchte.

Matthias Acker (SPD) rechnete mit einer Verwirklichung der Anlage in Jahresfrist, wollte dies aber nicht versprechen. Im Juni machte Bürgermeister Egon Vaupel (SPD) auf Anfrage von Henning Köster deutlich, wann Taten zu erwarten sind: Mit der Umsetzung des VEP rechnet er in drei bis fünf Jahren.

## Barfußstraße

Bereits 1999 hatte das Stadtparlament einen Antrag der PDS/ML beschlossen, zu prüfen, ob die Barfußstraße samstags von 10-16

Uhr auch für den Pkw-Verkehr gesperrt werden könne. Diesen Vorschlag hatten auch die dortigen Geschäftsleute unterstützt. Auf einer Bürgerversammlung hatte es lediglich Einwände einer Person dagegen gegeben, dass auch die 407 InhaberInnen der Oberstadtplakette für sechs Stunden den FußgängerInnen den Vortritt lassen müssten. Auch die Sperrungen etwa zu „3 Tage Marburg“ machen deutlich, dass dies problemlos geht. Deshalb sprach sich das Stadtparlament am 21. Juni mehrheitlich für die zeitweise Sperrung an Samstagen für alle PrivatPkws aus.

Allerdings wird dieser Beschluss keine Konsequenzen haben, weil OB Möller sich als Chef der Straßenverkehrsbehörde weigert, ihn umzusetzen. Er erklärte aber, dafür sorgen zu wollen, dass künftig stärker kontrolliert werde, um Unberechtigte von der Durchfahrt abzuhalten.

Charly Gaul

## Null Energie

Bürgermeister Egon Vaupel räumte auf eine kleine Anfrage des Stadtverordneten Pit Metz (PDS/ML) hin ein, dass eine aus der Energie AG der Agenda 21 hervorgegangene Gruppe, die eine Photovoltaikanlage auf dem Dach des neuen Hallenbades betreiben wollte, diese woanders realisieren will. Man bemühe sich aber

# PDS Marburger Linke im Stadtparlament

Die PDS/Marburger Linke ist ein kommunalpolitisches Bündnis aus Einzelpersonen und der PDS. Sie hat seit 1997 vier Stadtverordnete im Parlament. 2001 wurde die PDS/ML mit 6,4 % viertstärkste Fraktion.

**PDS/Marburger Linke**, Weidenhäuser Str. 78-80, 35037 Marburg  
**Tel.:** 163873, **Fax:** 175618  
**Internet:** [www.pds-marburger-linke.de](http://www.pds-marburger-linke.de)  
**E-mail:** [marburger.linke@pds-marburg.de](mailto:marburger.linke@pds-marburg.de)

## Stadtverordnete

**Henning Köster**, Tel. 65752

**Eva Chr. Gottschaldt**, Tel. 961961

**Astrid Kolter**, Tel. 979145

**Pit Metz**, Tel. 690616

# Badpreise kaum nachgebessert

Auf seiner nächsten Sitzung soll das Stadtparlament die Eintrittspreise für das neue Hallen- und Freibad „AquaMar“ beschließen. Die Beschlussvorlage enthält geringe Nachbesserungen gegenüber dem Entwurf, den Bürgermeister Egon Vaupel der Öffentlichkeit im Frühjahr präsentiert hatte. Der Tagespreis für das Kombibad sinkt von 8 auf 7,50 Euro bei Erwachsenen und von 19 auf 16 Euro für die Familien-/Gruppenkarte.

Der Forderung des Kinder- und Jugendparlamentes, den Kurzzeittarif nicht nur für 1,5 sondern für 2 Stunden gelten zu lassen, wurden nicht stattgegeben. Auch auf die Vorschläge der PDS/ML wurde nicht eingegangen. Die überdurchschnittliche Erhöhung der Entgelte für Menschen mit geringem Einkommen (StadtpassinhaberInnen) auf 60-75 % des normalen Preises, wurde nicht zurückgenommen. Es soll auch keine Verbilligung der Gruppen-/Familienkarte für diese Personengruppe geben, obwohl keine großen Summen auf dem Spiel stehen. Von den etwa 344.000 Euro, die für den Stadtpass zur Verfügung stehen, entfallen lediglich 10.000 Euro auf die Subventionierung der Bädertarife.

weiterhin darum, dass auf dem Bad eine PV-Anlage installiert werde.

Vaupel erwähnte allerdings nicht, dass bei der Planung des Daches des Niedrigenergiebades die Installation der PV-Anlage nicht berücksichtigt worden war. Unkalkulierbare Zusatzkosten veranlassten die Betreiber abzuspriegen. Sie wollen ihre Anlage jetzt an anderer Stelle verwirklichen.

# BARFÜSSER STRASSE 50

## Stadtpass

Durch eine kleine Anfrage konnte Eva Gottschaldt in Erfahrung bringen, dass die Einkommensgrenze für den Stadtpass seit 1996 bei 440 Euro für Alleinstehende liegt. Weitere 210 Euro pro haushaltsangehörige Person plus Kosten für Kaltmiete werden angerechnet. Gegenwärtig verfügen etwa 2.700 Menschen in Marburg über einen Stadtpass.

## Weniger ist mehr

Welche Mindereinnahmen für die Stadt die rot-grüne Steuerreform verursacht hat, wollte der CDU-Vorsitzende Christian Heubel von OB Möller in Erfahrung bringen. Möller machte darauf aufmerksam, dass nur schwer nachzuweisen sei, welchen Anteil die Steuerpolitik der Bundesregierung am Sinken des Einkommenssteueranteils und der Schlüsselzuweisungen und am Anstieg der Gewerbesteuererinnahmen von 2000 auf 2001 habe. Das fand auch der SPD-Fraktionschef Schüren sehr schade, der die angeblich positiven Auswirkungen der „Steuerreform“ bestätigt haben wollte.

Mit Möller war er allerdings einer Meinung, dass niedrigere Steuersätze zu höheren Einnahmen führten. Nach dieser Logik müsste der Staat im Geld schwimmen, wenn die Steuersätze auf Null reduziert würden.

## Lagernde Personengruppen

In einer weiteren kleinen Anfrage wollte Heubel (CDU) wissen, welche Maßnahmen ergriffen wurden, „um Passanten (darunter viele auswärtige Besucher und Kunden der Marburger Geschäftsleute) vor Belästigungen durch an öffentlichen Plätzen lagernden und teilweise alkoholisierten Personengruppen zu schützen.“ Gemeint waren nicht etwa Besucher des Marktfrühschoppens sondern einige Punker und Obdachlose, die dem Alkohol abseits der Festivitäten zusprechen.

Er musste sich von OB Möller belehren lassen, dass auch für diese Menschen „das im Grundgesetz gewährte freie Aufenthaltsrecht“ gelte. Übergriffe seien nicht bekannt.

Nicht erwähnt wurde allerdings, dass man in Marburg den „lagernden Personengruppen“ den Aufenthalt so schwer wie möglich macht, indem Bänke oder andere Sitzmöglichkeiten entfernt werden. Die Rundbank an der Wettergasse verschwand vor Jahren, die Sitzplätze am Markt wurden reduziert. Und am Schloßberg-Center hat man das Treppchen vor der OP-Filiale – ein weiterer beliebter Aufenthaltsort – entfernt.

# Energiewende abgewehrt

## PDS-Anträge für Energieagentur spalten heimische SPD

Der 21. Juni war kein guter Tag für Nachhaltigkeit und Energiewende in der Stadt Marburg und im Landkreis Marburg-Biedenkopf. Sowohl das Stadtparlament als auch der Kreistag lehnten es ab, die jeweilige Exekutive zu beauftragen, eine Energieagentur einzurichten.

Diese Forderungen der PDS-Fraktionen (siehe: NEUES MARBURG 2/2002) waren nicht aus der Luft gegriffen. Die Arbeitsgruppe Energie der lokalen Agenda 21 in Marburg forderte in ihrer Prioritätenliste, die vom Stadtparlament wohlwollend zur Kenntnis genommen wurde, eine solche Einrichtung. Die rot-grüne Bundesregierung stellte in ihren „Perspektiven für Deutschland“ Anfang 2002 eine Nachhaltigkeits-

strategie vor und gründete die Deutsche Energieagentur (DNA). Von den Umweltverbänden, wie zum Beispiel dem Naturschutzbund NABU, wurde dies als Schritt in die richtige Richtung gelobt. Das „Klimabündnis“, ein europaweiter Zusammenschluss von Gemeinden, Städten und Landkreisen, fordert von seinen Mitgliedern eine Querschnittsstrategie und eine Art Energieagentur, um Klimaschutzziele zu erreichen. In Deutschland gehören dem Klimabündnis über 400 Mitglieder an, in Hessen 45. Wichtigste Quelle für die PDS-Forderungen war die Studie des renommierten Wuppertal-Instituts. Das Institut hatte für viel Geld den benachbarten Landkreisen Gießen und Lahn-Dill eine Klimaschutz-



Eine Koordination der Energiepolitik findet nicht statt (EAM-Beratung in der Uferstraße)

Fortsetzung von S. 1

## Parteienklüngel um Stadtwerke

Die PDS/Marburger Linke ist der Meinung, dass die privatrechtliche Struktur der Stadtwerke auch gewählt wurde, um Tarifflicht zu begehen. Die bisherigen Beschäftigten hätten Bestandsschutz durchsetzen können, aber den neuen ginge es an den Geldbeutel.

„Obwohl der Magistrat sich weigert, unsere diesbezüglichen Anfragen zu beantworten, ist bekannt, dass die bei der Tochter Mabus GmbH neu eingestellten BusfahrerInnen etwa 40 Prozent weniger verdienen als die der Stadtwerke“ bemängelt Köster.

Durch die Aufteilung der Stadtwerke in Versorgungs- und Nahverkehrs-GmbHs unter dem Dach einer Holding, würde die öffentliche Kontrolle noch schwieriger. Zudem dränge sich der Eindruck auf, dass die Stadtwerke in kleine Häppchen aufgeteilt werden, um das Eindringen privaten Kapitals zu erleichtern und bei den lukrativen Teilen, den Verkauf an Private vorzubereiten.

Es gäbe neue Möglichkeiten, Sozialdumping zu betreiben und teure Geschäftsführerposten zu schaffen. Eine Kleine Anfrage der PDS/ML ergab, dass Schüren zwar wie die früheren Geschäftsführer des Eigenbetriebs nach B3 besoldet werde. Über die Höhe der „üblichen“ Zuschläge, die für die Führung einer GmbH gezahlt werden, mochte Möller ebenso wenig Auskunft geben, wie über eine weitere Aufstockung des Gehaltes, über die nachträglich verhandelt wird.

Die PDS/Marburger Linke Fraktion lehnte deshalb auch als einzige Fraktion die Überführung der Gewerbe- und Biomüllverwertung des Dienstleistungsbetriebes Marburg (DBM) in die Marburger Entsorgungsgesellschaft (MEG) ab, die den Stadtwerken gehört: „Synergieeffekte kann man auch erzielen, indem man die MEG beim Eigenbetrieb DBM eingliedert. Das spart ein Geschäftsführergehalt und sichert die öffentliche Kontrolle.“ Nico Biver

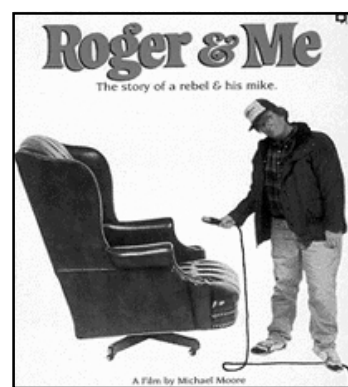
strategie erarbeitet und eine Energieagentur empfohlen. Soviel Sachverstand sollte doch auch LokalpolitikerInnen in Marburg und im Landkreis überzeugen. Weit gefehlt. Parteipolitisches Kalkül wog schwerer.

Im Kreistag ist die SPD in der Opposition. Besser noch als Georg Fülberth, der für die PDS sprach, begründete der SPD-Fraktionsvorsitzende Werner Hesse den PDS-Antrag. Dennoch keine Mehrheit, da der grüne Kreisbeigeordnete Dr. Mc Govern mit viel Wortgeklingel die Ablehnung der Schwarz-Gelb-Grün-Farblos-Koalition begründete. Im Stadtparlament ein anderes Bild. Hier haben SPD und Grüne eine Mehrheit. Im Gegensatz zu seinem Parteifreund Hesse, verschiebt Dr. Musket (SPD), in seiner Erwiderung auf den von Pit Metz vorgetragenen Antrag, die Energiewende in Marburg in eine ferne Zukunft. Schließlich habe man einige Schritte in die richtige Richtung getan, rechtfertigt er wortreich seine ablehnende Haltung. Von einer Strategie, einem geplanten, zielgerichteten Handeln, sind die punktuellen Aktivitäten in Marburg jedoch sehr weit entfernt.

Meilenweit entfernt sind die lokalen Parteipolitiker auch von dem Motto „Global denken, lokal handeln“, das seit dem Umweltgipfel in Rio die Nachhaltigkeitsdebatte weltweit überspannt. Hajo Zeller

**Quellen:** Leitbilder der Lokalen Agenda 21: Umweltamt, Universitätsstraße 4  
„Perspektiven für Deutschland“: [www.dialog-nachhaltigkeit.de/](http://www.dialog-nachhaltigkeit.de/)  
DNA: [www.deutsche-energie-agentur.de/](http://www.deutsche-energie-agentur.de/)  
Klimabündnis: [www.klimabuendnis.org](http://www.klimabuendnis.org)  
Studie des Wuppertalinstitutes „Klimaschutz und Innovationsstrategie für die Landkreise Gießen und Lahn-Dill: zu beziehen über die Stadtverwaltung Weitzlar (15 Euro)

## Video-Vorführung



Ein tragikomischer Dokumentar-Film in Spielfilmlänge über den Niedergang von Flint, der Geburtsstadt von General Motors, und die Versuche des Regisseurs Roger Moore, den GM-Boss Roger Smith auf die sozialen Auswirkungen der Entlassung von zehntausenden Beschäftigten aufmerksam zu machen.

**Sa., 3. Aug., 19.00, PDS Weidenhäuser Str. 78-80**

# Geisterhaushalt

**PDS schlug Finanzierungskonzept für die Betreute Grundschule vor, das ohne Schröpfung der Kommunen auskommt**



Die Mehrheit des Kreitages stimmte dafür, sich bei den Kommunen zu bedienen

**Als der Kreistag im Dezember 2001 den Haushalt für 2002 verabschiedete, war Landrat Fischbach mächtig stolz: immerhin ist er zugleich Kämmerer, und nicht jeder seiner Kollegen anderwärts ist mit dem Zahlenwerk rechtzeitig fertig geworden.**

Fischbach allerdings auch nicht. Es sah nur so aus. Der von ihm erstellte Haushalt enthielt nämlich eine Luftnummer: hier waren erhebliche Beiträge der kreisangehörigen Gemeinden für die Betreute Grundschule eingesetzt worden. Diese sollten sie freiwillig zahlen.

Nachdem bis Mitte Mai noch kein müder Euro aus den Gemeinden gekommen war, musste Landrat Fischbach einen Nachtragshaushalt einbringen, um das Loch zu stopfen. Hier wurde nun eine Erhöhung der Kreisumlage festgelegt. Diese Umlage ist eine Art Steuer, die alle Gemeinden an den Landkreis zahlen müssen. Der Mehrbetrag soll nun der Betreuten Grundschule zufließen.

Das trieb nun den Marburger Oberbürgermeister Möller auf die Palme. Die Stadt ist selbst Schulträgerin und bringt Mittel für die Betreute Grundschule auf. Möller sah nicht ein, weshalb er – er ist ebenfalls Kämmerer – ein weiteres Mal hierfür zur Kasse gebeten werden sollte. Zum Beweis dafür, dass der Kreis das gar nicht nötig habe, führte er an, dass dieser an die Stadt mehr Gelder für die Sozialhilfe, die dort ausgezahlt wird, gezahlt habe als nötig. Der zusätzliche Betrag sei ähnlich hoch wie die nun geplante Erhöhung der Kreisumlage.

An dieser Stelle gerieten sich die beiden Herren so in die Wolle, dass

das Publikum bald nicht mehr durchblickte.

Die Koalition – CDU, FDP, Grüne, Freie Bürger – verabschiedete tatsächlich den Nachtragshaushalt. Die SPD war dagegen, weil sie lieber eine andere Finanzierung gehabt hätte: Verwendung eines Teils der

## Nur nichts verraten

Bereits 1998 hat eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgefunden, dass in Deutschland auf 100 Sozialhilfe-Empfänger(innen) 110 weitere Personen kommen, die Anspruch auf Sozialhilfe hätten.

So etwas freut die Sozialdezernenten und Kämmerer in Kreisen und Gemeinden: so können sie Geld sparen.

Natürlich ist das zugleich Betrug an den Sozialhilfe-Berechtigten. Deshalb hat die PDS im Kreistag beantragt, dass der Kreisausschuss an

Summe, die beim Verkauf von EAM-Aktien an e.on gezahlt wurden, für die Betreute Grundschule.

Die kleine PDS-Fraktion hielt und hält aber nichts davon, dass auf Kreisebene Geld aus der einen leeren Tasche (in den Gemeinden) in eine andere leere Tasche (des Kreises) geschoben wird. Und die Verschleuderung öffentlichen Eigentums machen wir sowieso nicht mit.

Als einzige Kreistagsfraktion haben wir einen detaillierten Gegenplan vorgelegt, der es ermöglicht, die Betreute Grundschule zu bezahlen, ohne Löcher an anderer Stelle in den öffentlichen Haushalten zu reißen. Nach wie vor sehen wir nicht ein, weshalb der Landrat zwei Sekretärinnen braucht. Als zur Versorgung des Herrn McGovern eine weitere Beigeordnetenstelle geschaffen wurde, ist auch das Personal für seine Ausstattung vermehrt worden. Auch das halten wir für überflüssig. Die PDS schlägt vor, dass die Sparkasse Marburg-Biedenkopf endlich Gewinne in der gesetzlich erlaubten Höhe an den Kreis abführt. Und selbstverständlich sind wir weiterhin für die Erhöhung der Schieß(=Jagd)Steuer.

Alle unsere Vorschläge wurden abgelehnt. Macht fast gar nichts. Demnächst muss Herr Fischbach nämlich schon wieder einen Nachtragshaushalt einbringen. Dann nerven wir weiter.

Georg Fülberth

alle Haushalte die Broschüre des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung „Sozialhilfe“ liefert.

Der Beigeordnete McGovern erschrak sehr: es seien im Ministerium nur noch 1.000 Exemplare da, und ein Nachdruck wäre zu teuer.

Da war er ehrlich. Er meinte natürlich nicht die Druckkosten, sondern das Geld, das man den Sozialhilfeberechtigten nicht mehr vorenthalten kann, wenn sie gut informiert sind.

Der Antrag wurde abgelehnt, übrigens auch mit den Stimmen der Grünen.

**Klein aber fein: PDS-Kreistagsfraktion mit Georg Fülberth und Anna Hofmann**



**PDS Fraktion im Kreistag**

Bei den Kommunalwahlen vom 18.3.2001 erlangte die PDS 2,4 % der Stimmen und zwei Sitze im Kreistag Marburg-Biedenkopf.

**Fraktion der PDS im Kreistag**  
Weidenhäuser Str. 78-80, 35037 Marburg  
**Tel.:** 163873, **Fax:** 175618  
**E-mail:** pds-marburg@t-online.de

### Kreistagsabgeordnete

**Anna Hofmann**, Fraktionsvorsitzende  
Tel. 06421-9175791

**Georg Fülberth**, Tel. 06421-26171

## Schwarz-Rot

**Erstmals PDS-Antrag angenommen**

**Nachdem wir ein Jahr im Kreistag sind, ist erstmals ein Antrag der PDS-Fraktion dort angenommen worden – sogar mit Unterstützung der CDU.**

Allerdings ging es dabei nicht um die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, sondern um den Denkmalschutz.

1989 und 1991 hat der Landkreis Marburg-Biedenkopf an das Hessische Landesamt für Denkmalpflege insgesamt 170.000 DM gezahlt, damit dort eine „Denkmaltopographie“ – ein Verzeichnis der Denkmäler in Buchform – erstellt würde. Wie unser Mitglied im Denkmalschutzbeirat, Otto Becker, feststellte, liegt diese immer noch nicht vor.

Die PDS beantragte, dass der Kreisausschuss mit der Behörde eine verbindliche und zeitlich abrechenbare Vereinbarung über die Veröffentlichung treffen oder eine verzinsten Rückgabe der 170.000 DM erwirken solle.

Die CDU wollte herausgefunden haben, dass die Arbeiten inzwischen schon weit gediehen sind. Sie stellte einen Abänderungsantrag, wonach das Geld bis Ende 2003 wieder zurückzuholen sei, wenn bis dahin immer noch nichts passiert ist.

Dem konnten wir uns anschließen, und so ging der von uns angestoßene Antrag einstimmig durch.

Eine Frage bleibt offen: Was soll denn mit dem Geld geschehen, wenn es da ist? Vielleicht muss der Landrat dann schon wieder einen Nachtragshaushalt machen. Das hat er inzwischen ja ganz gut gelernt.

## Rosa-Grün-Rot?

PDS-HSG legt bei Stupa-Wahlen zu

Die Wahlen zum Studierendenparlament (Stupa) endeten am 20. Juni mit einem Erfolg der parteinahen Gruppen. Diese hatten bei den letzten Wahlen im Jahr 2000 zugunsten diverser Fachbereichs-, Spaß- und unpolitischer Listen Federn lassen müssen. Dieses Jahr traten statt 23 nur noch 11 Listen an, was auch zu einem Rückgang der Wahlbeteiligung von knapp 24 Prozent auf gut 20 Prozent beitrug.

RCDS und Liberale konnten wieder ihre Sitzzahlen von 1999 erreichen. Jusos und Grüne übertrafen mit je 7 Sitzen nicht nur ihr Ergebnis von 2000 sondern auch das von 1999. Dies ging vor allem auf Kosten der linken Gruppen. Während sie vor drei Jahren noch 11 von 41 Sitzen kontrollierten und im Jahr 2000 acht Listen sich 12 teilten, blieben diesmal nur noch neun Plätze übrig. Den Löwenanteil davon sicherte sich die PDS-Hochschulgruppe die von 4,9 auf 8,8 % anstieg (4 statt 2 Sitze). Bei der Senatswahl konnte sie sogar über 13 % gewinnen.

Die PDS-HSG hatte regelmäßig zu hochschul- und allgemeinpolitischen Themen gearbeitet und darüber in ihrer Zeitung „rotstift“ berichtet. Einer ihrer Schwerpunkte war die Auseinandersetzung mit der drohenden Einführung von Studiengebühren. Des weiteren beteiligte sie sich federführend an der Vortragsreihe „Intelligenter Frieden“.

Dort mischte auch die Gruppe d.i.s.s.i.d.e.n.t. mit, die auf Anhieb zwei Mandate gewann. Das übrige linksradikale Spektrum brach zusammen. Die Linke Bündnisliste, deren drei Mitgliedsgruppen 2000 noch 6 Sitze einsammeln konnten, musste sich mit zwei Plätzen begnügen.

Ein Grund für diese Abfuhr könnte die Blockadepolitik gegenüber einer Koalition mit Jusos und Grünen gewesen sein, die zwei Jahre einem Minderheiten-AStA vorstanden. Das Wahlergebnis ermöglicht es, zwei Jahre hochschulpolitischer Lähmung zu beenden. Ein Bündnis von Jusos, Grünen, PDS-HSG, d.i.s.s.i.d.e.n.t., Rosa Liste und FrauenLesben (FFLL) würde über 22 von 41 Sitzen verfügen. Fausto Coppi

## Gebt acht ...

... oder neun, oder zehn Euro oder soviele wie ihr der PDS Prozente bei der Bundestagswahl wünscht. Wir kommen ohne Spenden von Müll- und Ölfirmen aus, aber nicht ohne Eure.

**Spendenkonto:**  
**PDS Marburg-Biedenkopf**  
**Konto-Nr. 53 12 43**  
**Marburger Bank (BLZ 5339 0000)**

# Doof durch Ausgrenzung

## Die Abschaffung des Gegliederten Schulsystems führt aus der Bildungskatastrophe

**Vier Buchstaben versetzen die Republik in Angst und Schrecken: PISA. Dabei denkt kaum noch jemand an die Urlaubsstadt. Der Schiefe Turm dient höchstens zur Illustration ihrer Berichterstattung über die Bildungsstudie.**

Jetzt ist PISA-E erschienen. In diesem Teil der Studie werden die Ergebnisse der einzelnen Bundesländer dargestellt. Rot gegen schwarz regierte Länder, Nord gegen Süd. Bayern (schwarz) fühlt sich bestätigt, obwohl Schleswig-Holstein (rot) bei den Naturwissenschaften besser abgeschnitten hat. Auch wenn die Südländer sich brüsten: Tschechien, Irland und 21 andere europäische Staaten haben dennoch besser abgeschnitten. Da verblasst die Relevanz der Länderunterschiede in Deutschland. Was wir jetzt brauchen, ist eine sachliche Debatte darüber, wie das Bildungssystem entrümpelt werden kann.

Der Blick in das Ausland hat gezeigt, dass es vor allem zwei strukturelle Gesichtspunkte sind, die das deutsche Schulsystem von den erfolgreicheren der anderen Länder unterscheidet.

Erstens: Die Gliederung der Schulen nach Klasse 4 in Gymnasien, Haupt- und Realschulen. Diese Gliederung verfestigt soziale Unterschiede für die SchülerInnen bereits in jungen Jahren. In der Regel sind es die Kinder aus einkommensschwachen Haushalten, denen der Zugang zum Gymnasium verwehrt bleibt. Das hat zur Folge, dass – besonders in Bayern – viel zu wenige SchülerInnen das Abitur erreichen.

Das Gegliederte Schulsystem nutzt zudem ein wichtiges Potenzial nicht, das sofort und sogar kostenneutral erschlossen werden könnte. Kinder lernen am besten von Kindern. Modellprojekte in Deutschland und der Blick zum Beispiel nach Finnland haben gezeigt, dass nicht etwa die schwächeren die stärkeren SchülerInnen „runterziehen“, sondern dass beide davon profitieren, in einer Lerngruppe gemeinsam zu lernen und zu arbeiten. Es kann kritisch angemerkt werden, dass die Gesamtschulen in Deutschland sich nicht unbedingt mit Ruhm bekleckert haben. Das ist schlicht ein Indiz dafür, dass die Gesamtschule nicht neben dem Gegliederten Schulsystem bestehen kann. Die Gesamtschule muss als Regelschulform eingerichtet werden.

Erst dann ist sichergestellt, dass das Konzept des gemeinsamen Lernens von SchülerInnen mit unterschiedlichen Voraussetzungen umgesetzt werden kann

Zweitens: An deutschen Schulen gibt es kein schlüssiges Konzept der Förderung von SchülerInnen. Gefördert wird entweder, wer als förde-

Lebens, ist ein Ansprechpartner für junge Menschen.

Schule weckt nicht die Neugier auf Wissen, die Kindern zu eigen ist. Das Gegenteil ist der Fall. Daher müssen die Unterrichtsmethoden auf den Prüfstand. Der Frontalunterricht, bei dem der Lehrer vor der Klasse steht und referiert oder an die Tafel schreibt, ist eine überkommene Lehrform aus dem 19. Jahrhundert. Moderne Unterrichte können anders aussehen: fächerübergreifend, projektorientiert. Und warum sollen die LehrerInnen nicht den Mut haben, auch was von ihren SchülerInnen zu lernen?

Tiefgreifende Reformen sind also nötig. Die Lehrerausbildung, die Unterrichtsinhalte, die Unterrichtsmethodik, das Schulangebot. Alles muss auf den Prüfstand. Das dauert. Mindestens eine Generation. Daher eignet sich das Thema Bildung auf Dauer nicht für den Wahlkampf. Es wird sang- und klanglos wieder verschwinden. Nach der Bundestagswahl. Alles bleibt wie es ist. Bis zur nächsten OECD-Studie. Dann kann sich die Republik wieder aufregen und das FAZ-Feuilleton hat abermals ein neues Thema.

Mark Seibert, bildungspolitischer Sprecher der PDS-Hessen



rungswürdig oder förderungsbedürftig erscheint. Was uns fehlt ist die Erkenntnis (und auch die daraus folgenden Schlüsse), dass alle SchülerInnen ein Recht auf Förderung haben müssen. Dieses Recht muss gewährt und individuell umgesetzt werden. Das reicht von individuell angepasster Hausaufgaben- und Lernbetreuung bis hin zu einem persönlichen Coach, der den SchülerInnen an die Seite gestellt werden muss. Dieser Coach gibt Beratung für die großen und kleinen Krisen des

## Noch 25 Jahre?

In diesem Sommer feiert die Philipps-Universität ihr 475-jähriges Jubiläum. Da ihre Gründung 1527 mit Enteignungen verbunden war, hatte sie sogar etwas mit sehr frühem Sozialismus zu tun:

Der Landgraf Philipp hob während der Reformation drei Marburger Klöster auf und gab ihre Immobilien und Einkünfte an die neue Hochschule.

Warum tat er das? Er brauchte Juristen für eine staatliche Verwaltung, die sein Militär finanzieren und Steuern einziehen sollte, und Theologen, die das absegneten. Dafür mussten die entsprechenden Fakultäten her.

Heute sagt der Universitätspräsident Kern, er sei nicht sicher, ob seine Anstalt das Fünfhundertjährige noch schaffen werde.

Was meinte er damit? Vielleicht findet er, es gäbe jetzt genug Anwälte und Pfarrer.

Aber sogar der Fachbereich Phy-

sik muss bangen. Er ist zwar renommiert und wirbt viel Drittmittel ein, aber ihm fehlen seit einiger Zeit die Studienanfänger(innen). Einer der Gründe hierfür soll sein, dass junge Leute keine große Lust mehr haben, ein solch langes und schwieriges Studium zu beginnen, wenn sie mit weit weniger intellektuellem Aufwand als Betriebswirte und -wirtinnen schnell reich werden können.

Das bedeutet, anders als von Herrn Kern befürchtet, noch lange nicht das Ende der Philipps-Universität. Sie wird sich halt nur stark ändern, und nach einiger Zeit wird sie keine Veranstaltung des Staates mehr sein, sondern des Kapitals. Vielleicht wird sie 2027, an ihrem 500. Geburtstag, nicht mehr Philipps-Universität heißen, sondern eine Betriebs-Akademie von Aventis, Viessmann und der Deutschen Vermögensberatungs AG sein. Georg Fülberth

# Mindestlohn stoppt Armut

Die PDS will durch einen gesetzlichen Mindestlohn Lohndumping verhindern



von Pia Maier, sozialpolitische Sprecherin der PDS im Bundestag

**Der Stundenlohn als Hungerlohn – das ist leider für zu viele Menschen Realität geworden. Immer mehr brauchen ergänzende Sozialhilfe, obwohl sie einen vollzeitigen Erwerbsarbeitsplatz haben. Ihre Zahl ist auf 150.000 gestiegen.**

Dies ist nur die Spitze des Eisberges, denn die Schamgrenze, zum Sozialamt zu gehen, ist hoch. Unwissenheit kommt dazu: Viele, die über geringe Löhne klagen, wissen nicht, dass Sozialhilfe auch bei zu niedrigem Arbeitseinkommen einspringt.

Niedriglöhne und prekäre Beschäftigung, also 325 Euro-Jobs, dürfen nicht zur Regel werden, da sie für den Einzelnen zum Leben nicht ausreichen. Gegen die zunehmende Verarmung trotz Arbeit würde unter anderem ein existenzsicherndes Kindergeld helfen, damit Kinder nicht zum Armutsrisiko werden. Hilfreich wäre auch, wenn die Unternehmen nicht aus den Tarifverträgen flüchteten. Für viele dort Beschäftigte ist das ein weiteres Risiko, an oder unter-

halb der Armutsgrenze bezahlt zu werden. Aber auch tariflich gebundene Vollzeit-Arbeitsplätze haben in einigen Branchen ein Leben unterhalb des Existenzminimums zur Folge: vor allem im Osten Deutschlands, aber auch in sogenannten Frauenberufen, in einigen Bereichen des Handwerks und vor allem bei Arbeiten für Ungelernte.

Armut trotz Arbeit, das will die PDS mit ihrem Antrag für einen existenzsichernden gesetzlichen Mindestlohn verhindern. Die europäische Sozialcharta von 1968 wollte einen Mindestlohn von 68 Prozent des nationalen Durchschnittseinkommens zum Standard erheben. So wurde die Sozialcharta von Deutschland nicht unterschrieben, aber der damalige Vorschlag ergibt auch heute eine angemessene Höhe des Mindestlohnes. 68 Prozent des Durchschnittslohnes ergeben gegenwärtig 9,42 Euro. Das macht brutto rund 1.800 Euro, netto gut 1.200 Euro im Monat. Von solchen Löhnen kann man leben. Das heißt nicht, dass der gewerkschaftliche Kampf um Tariflöhne und Lohnerhöhungen überflüssig würde.

Die Leistungsfähigkeit unseres Sozialsystems hängt vorwiegend davon ab, dass viele Menschen abhängig beschäftigt sind, Lohnsteuern zahlen und Sozialabgaben entrichten. Die Abgaben und die Leistungen, die man im Bedarfsfall erhält, orientieren sich am Lohn. Je üppiger der Lohn, umso höher fallen Rente oder Arbeitslosengeld aus. Die hohe und lang anhaltende Massenarbeitslosigkeit führt zu Einnahmeausfällen. Aber auch sinkende Reallöhne und die Tendenz zu prekärer Beschäftigung und Billigjobs bringen die Sozialkassen in Gefahr, da die Beiträge und die Lohnsteuerzahlungen abnehmen.

Weil damit die Grundfesten des

Sozialstaates erschüttert werden, ist ein Eingriff in die Tarifautonomie gerechtfertigt – ein einmaliger zur Einführung des Mindestlohnes. Der Mindestlohn soll anschließend an die Einkommensentwicklung gekoppelt werden. Tarifverhandlungen hätten also auch künftig den gleichen Stellenwert. Aber die Gewerkschaften säßen an einem etwas längeren Hebel, weil die Arbeitgeber die vom Gesetz vorgeschriebene Linie nicht unterschreiten dürften.

Mit dem bundesweit einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn wäre auch ein gutes Stück Lohnangleichung zwischen Ost und West geschafft. Schließlich ist es nicht einzusehen, dass ein hessischer Fensterputzer 11,25 Euro verdient, während sein Kollege in Mecklenburg-Vorpommern nur 8 Euro bekommt – an der Produktivität kann das jedenfalls nicht liegen. Nach der Einführung des Mindestlohnes bekäme der Hesse immer noch 11,25 Euro für's Fensterputzen, der Mecklenburg-Vorpommeraner aber immerhin schon 9,42 Euro und läge damit deutlich näher am Westniveau.

Die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn ergänzt die der PDS nach der Sozialen Grundversicherung. Diese soll nicht zu einer Subvention für Geringverdienende werden. Die Forderung geht einher mit dem beschäftigungspolitischen Programm der PDS zur Schaffung von 1,3 Mio. Arbeitsplätzen

Mehr Lohn in den Taschen derer, die bislang deutlich zu wenig bekommen haben, führt auch zu mehr Nach-

## Tafel überlaufen

Die Löcher, die ins soziale Netz gerissen wurden, sind auch durch ehrenamtliches Engagement kaum noch zu stopfen. Die Zahl der Bedürftigen, die von der „Marburger Tafel“ Lebensmittelpakete beziehen, wächst ständig. Der gemeinnützige Verein versorgt gegenwärtig 280 Haushalte regelmäßig mit Waren, die von Lebensmittelmärkten, Bäckereien und Drogerien gespendet werden, vorwiegend weil sie unverkäuflich geworden sind.

Weitere können nicht beliefert werden. 70 Haushalte stehen auf der Warteliste. Der Vorsitzende des Vereins Karl Schnabel schätzt, dass 7000 Menschen im Kreis die strengen Kriterien erfüllen, um eine Bezugskarte zu erhalten.

Ein Grund für den Engpass ist, dass nicht genug Waren geliefert werden. Außerdem reicht die Zahl der 66 ehrenamtlichen HelferInnen nicht aus, um die Verteilung der Lebensmittel auszuweiten.

Wer sich engagieren will, kann sich vormittags unter 06421-614054 bei der Marburger Tafel melden.

frage. Geringverdienende müssen oft auf das Notwendigste verzichten. Die Einführung eines Mindestlohnes würde unmittelbar zu einer Steigerung der seit Jahren stagnierenden Massenkauftkraft führen und damit die Wirtschaft ankurbeln. Die Folgen: mehr Arbeitsplätze, höhere Einnahmen bei Steuern und Sozialbeiträgen und zumindest die Möglichkeit, dass die Kommunen wieder mehr investieren und dass sozialpolitisch sinnvoll umverteilt wird.

## 1,3 Mio. neue Arbeitsplätze

**Die Bundestagsfraktion der PDS hat ein beschäftigungspolitisches Programm vorgelegt. Acht konkrete Maßnahmen werden aufgezeigt, die neue Arbeitsplätze bringen und nicht nur die Statistik schönen würden.**

Kernpunkt sind Investitionen, denn nur wenn Geld ausgegeben wird, kann Arbeit entstehen. Daher ist auch die Politik der Haushaltskonsolidierung, des Sparens um jeden Preis und in jedem Ressort, der größte Feind der Arbeitslosen.

Die PDS schlägt ein Programm vor, mit dem die Kommunen wieder Geld ausgeben können, um schon lange wegen Geldmangel zurückgestellte Projekte beschäftigungswirksam angehen zu können. Kleine und mittlere Unternehmen sollen so gestärkt werden, dass sie Arbeitsplät-

ze erhalten und schaffen können, zum Beispiel durch Hilfe bei drohender Insolvenz, wenn die Geldknappheit nur daran liegt, dass Auftraggeber ihre Rechnungen nicht bezahlen, das Unternehmen ansonsten aber gesund ist.

Dass Bildung wichtig ist, sagen alle – die PDS schlägt in diesem Programm eine Bildungsoffensive vor, die nicht nur bessere Qualifizierung bringt, sondern auch in der Umsetzung schon mehr Arbeit bringt.

Dieser und weitere Vorschläge zum Schaffen und Umverteilen von Arbeit und zur Finanzierung dieser Maßnahmen stehen im Beschäftigungspolitischen Programm, das bei der Bundestagsfraktion der PDS (Platz der Republik, 11011 Berlin), an allen Infoständen der PDS Marburg oder im Internet ([www.pds-im-bundestag.de](http://www.pds-im-bundestag.de)) erhältlich ist.



## Das Letzte Gesetz des Schweigens

„Ich habe gesehen, wie ein amerikanischer Soldat einem Gefangenen das Genick gebrochen und andere mit Säure übergossen hat.“ „Sie haben ihnen Finger und Zungen abgeschnitten, die Haare und Bärte geschoren. Manchmal haben sie das nur so aus Spaß gemacht.“ Nein, nicht aus dem Vietnamkrieg vor gut 30 Jahren oder den zahllosen US-Interventionen in Lateinamerika stammen diese Augenzeugenberichte. Sie sind enthalten in einer Filmdokumentation über das Vorgehen der US-Truppen und ihrer Verbündeten in Afghanistan, gedreht in den letzten Monaten. Vor wenigen Tagen wurde der Streifen in den Räumen der PDS-Bundestagsfraktion Journalisten vorgestellt.

Der irische Dokfilmer Jamie Doran hatte die Aufnahmen unter größter Geheimhaltung und Gefahr für sein Leben gemacht. Seit acht Monaten stehe ich mit Doran in Kontakt. Als wir Anfang Juni gemeinsam seinen Film in London sahen, war unsere Entscheidung klar: Dieses Material muss an die Öffentlichkeit. Denn es belegt, wie Washingtons angeblicher Kampf gegen den internationalen Terrorismus barbarische Verrohung hervorbringt. Da passt es ins Bild, dass die USA in einem jetzt verabschiedeten Gesetzentwurf sogar ihren Verbündeten mit militärischen Aktionen drohen, sollten diese US-Bürger wegen Verstößen gegen die Menschenrechte an den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag ausliefern.

Obleich es schon mehrfach glaubhafte Berichte über Verbrechen in Afghanistan, begangen unter Duldung oder gar Beteiligung von amerikanischen Soldaten, gab, hält sich die offizielle Politik hierzulande mit Kritik vornehm zurück. Auch die Empörung über die unmenschlichen Haftbedingungen im US-Internierungslager Guantánamo für Taleban- und El-Kaida-Kämpfer („hinter den Minimalstandards menschlicher Behandlung“ – Amnesty International) war nur kurz und eher symbolisch. Das nach den Anschlägen vom 11. September erklärte Prinzip der „uneingeschränkten Solidarität“ mit den USA ist offenbar nichts anderes als ein Gesetz des Schweigens.

André Brie, PDS, Mitglied des Europäischen Parlaments

# USA bereiten Irak-Krieg vor

## Angriffspläne sehen den massiven Einsatz von Luft-, See- und Landstreitkräften vor

Mit gezielten Indiskretionen gegenüber der Presse bekräftigt die US-Regierung ihre Absicht, innerhalb der kommenden Monate einen Krieg gegen den Irak zu beginnen.

Die Bush-Administration rechtfertigt ihre Absicht mit dem Hinweis, der Irak verfüge über Massenvernichtungswaffenprogramme und verübe Menschenrechtsverletzungen, ein Angriff sei mithin als Akt „präventiver Selbstverteidigung“ zu begreifen.

Am 28. April 2002 berichtete die New York Times über Pläne des Pentagons, im Frühjahr 2003 einen Luft- und Bodenangriff zu starten. Am 29. April 2002 war in der USA-Today zu lesen, dass CIA-Chef George Tenet einen Putsch gegen Saddam Hussein für nicht Erfolg versprechend halte und daher für eine groß angelegte Militäroperation plädiere.

Unter Berufung auf „hochrangige Pentagon-Beamte“ berichtete die New York Times am 5. Juni, dass ein Angriff von drei Seiten unter massivem Einsatz von Luft-, See- und Landstreitkräften vorgesehen sei. Bis zu 250.000 Mann würden von Kuwait aus eingesetzt.

Dies wird vermutlich erst 2003 stattfinden, weil es einige Zeit in Anspruch nimmt, die Invasion vorzubereiten. Die USA müssen erst das nötige diplomatische und militärische Terrain schaffen. D.h. sie müssen Verbündete im arabischen Raum finden, die amerikanische Flugzeuge von ihrem Territorium aus starten und landen lassen und Operationsbasen für die US-Boden-



80.000 protestierten am 22. Mai in Berlin gegen die Kriegspläne Bushs und Schröders.

truppen bereit stellen. Der sich immer weiter verschärfende Nahostkonflikt dürfte der amerikanischen Administration zusätzliches Kopferbrechen bereiten, da er die

Kooperationsbereitschaft der arabischen Staaten alles andere als fördert. Der saudiarabische Kronprinz Abdullah beispielsweise weigert sich hartnäckig, das US-Militär von seinem Territorium aus operieren zu lassen. Auch den meisten europäischen Regierungskerns dürfte der Gedanke, in einen solchen folgenreichen Krieg hineingezogen zu werden, wenig gefallen. Die Erfahrungen der letzten Jahre begründen jedoch die Annahme, dass die europäischen Regierungen sich letztlich doch zu dem Kriegsabenteuer hinreißen lassen.

## Argumente gegen den Krieg

Die PDS lehnt einen Angriff auf den Irak aus mehreren Gründen ab:

- Es gibt keine Beweise, dass von irakischen Massenvernichtungswaffen eine Bedrohung für die USA oder Europa ausgeht. Es gibt nicht einmal Beweise für ihre Existenz. Wenn die USA auf dieser Basis einen „Präventivkrieg“ führen, ignorieren sie das Völkerrecht.

- Selbst wenn der Irak über Massenvernichtungswaffen verfügen sollte, wäre ein Angriff ein eklatanter Bruch des Völkerrechts, solange er niemanden bedroht. Ein solcher Angriff könnte allerdings den Einsatz solcher Waffen provozieren, wenn die irakische Führung welche besitzt.

- Ein groß angelegter Krieg würde zu unzähligen Opfern unter der Zivilbevölkerung führen. Deshalb ist Krieg die falsche Antwort auch auf

unzweifelhaft vorhandene Unterdrückung und die Menschenrechtsverletzungen im Irak. Die USA haben keine Pläne, was auf das Regime von Saddam Hussein folgen soll. Ein weiterer „Flächenbrand“ könnte im Nahen Osten entstehen.

Die Bundesregierung muss klar und eindeutig gegen die Kriegsplanungen Stellung beziehen, eine etwaige Beteiligung unmissverständlich ausschließen und umgehend die in der Region stationierten Bundeswehrosoldaten zurückziehen, um jede „Verwicklung“ auszuschließen.

**PDS** Weidenhäuser Str. 78-80,  
35037 Marburg, Tel.: 06421-  
16 38 73, Fax: 17 56 18

E-Mail: pds-marburg@t-online.de  
Bürozeiten: Mo.-Do., 12-19 Uhr

## Kupong

Ja, ich will

- das NEUE MARBURG bekommen  
 Mitglied der PDS werden

Name  Vorname

Straße  Ort

## Millionäre überstehen Börsenflaute

Trotz einer schwachen Börsenentwicklung in den letzten beiden Jahren, hat das Vermögen der Millionäre 2001 weltweit um 3 Prozent auf 26,2 Billionen Dollar (= 26.200 Milliarden) zugenommen. Das entspricht dem 10fachen des bundesdeutschen Bruttosozialproduktes.

Dies berichtet der „World Wealth Report 2002“, den die Investmentbank Merrill Lynch veröffentlicht

hat. Als Millionär gilt, wer ohne Anrechnung von Immobilien mindestens 1 Mio. Dollar besitzt.

Ihre Zahl stieg weltweit um 200.000 auf 7 Millionen. 730.000 davon sind in Deutschland beheimatet. Und 57.000 gehören zur kleinen globalen Gruppe der Superreichen mit mehr als 30 Mio. Dollar Vermögen. Sie nennen 8,4 Billionen Dollar ihr eigen.